

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 68 (2013)

Heft: 4

Artikel: "Unser Wohlstand hat keine Legitimation"

Autor: Schär, Markus / Paech, Niko

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-891258>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Unser Wohlstand hat keine Legitimation»

Der Volkswirtschaftler und Nachhaltigkeitsforscher Niko Paech erläutert in einem schriftlichen Interview, wieso unser Wohlstandsmodell am Ende ist und «grünes» Wirtschaftswachstum nicht funktionieren kann. Die Abkehr vom «Immer mehr» sieht er als Befreiung vom Überfluss.

Markus Schär für K+P: Herr Paech, Sie propagieren in Ihrem Buch «Befreiung vom Überfluss» den Weg in eine Postwachstumsökonomie. Dabei gehen Sie vom zwangsläufigen Ende der heutigen wachstumsgtriebenen Wirtschaftsweise aus. Welches sind denn die Hauptfehler unseres Wirtschaftssystems?

Niko Paech: Wir haben einen zu hohen Grad an industrieller Spezialisierung erreicht. Dies hat uns zwar so unverschämt reich werden lassen, bedeutet aber auch, dass unsere Versorgungssysteme enorm verletztlich geworden sind, weil wir auf Gedeih und Verderb von bestimmten Ressourcen abhängig geworden sind. Außerdem steigt mit der räumlichen Entgrenzung der Produktionsketten – also einer Globalisierung der Liefer- und Herstellungsketten – die Technisierung und folglich die Kapitalbedürftigkeit der Wirtschaft. Aber die Kapitalgeber wollen ihre Ersparnisse verwerten, also Renditen und Zinsen verdienen. Genau dies induziert angebotsseitige Wachstumszwänge. Das Industriemodell bildet ausserdem die Grundlage dafür, dass deren Insassen auf eine dreifache Weise über ihre Verhältnisse leben, denn die vielen materiellen Errungenschaften einer Abfolge von Effizienzfortschritten oder menschlicher Schaffenskraft zuzuschreiben, beruht auf einer Selbsttäuschung. **Was sich moderne Konsumenten an physischen Leistungen aneignen, wird nicht «erarbeitet», sondern erstens mittels Energie umwandelnder Apparaturen, zweitens auf Kosten zukünftiger Generationen und drittens durch Inanspruchnahme entfernt liegender Ressourcen angeeignet.** Der Komfort und materielle Status Quo zeitgenössischer Gesellschaften hat also keine Legitimation.

Heute gilt die Entkopplung von Ressourcenverbrauch – was gleichzeitig immer Umweltschädigung heißt – und daraus gewonnener Wohlstandssteigerung als die wirtschaftspolitische Zielsetzung. Sie jedoch kritisieren diesen Ansatz, häufig auch als «grünes»

Wachstum bezeichnet, als «Schimäre» und behaupten gar, das Bruttoinlandsprodukt sei ein Mass für ökologische Zerstörung. Was steht einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum auf der Basis von regenerativen Energieträgern (Sonne, Wind, Wasser, Energiepflanzen und Erdwärme) im Weg?

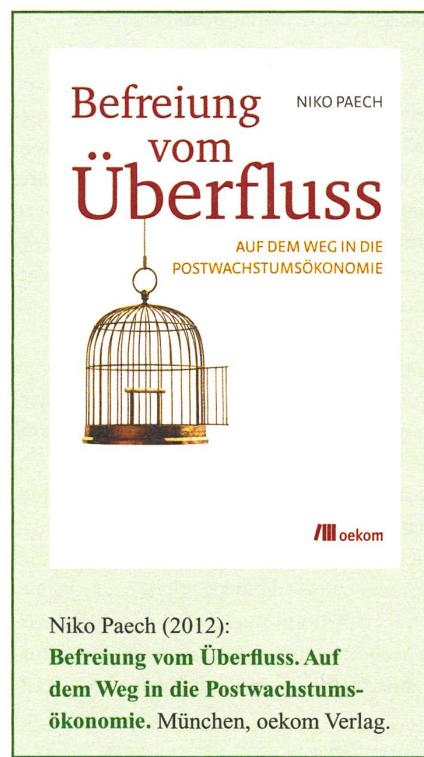
Jede Zunahme des Bruttoinlandsprodukts hat erstens eine Entstehungsseite, setzt also gestiegene Güterproduktion voraus, und zweitens eine Verwendungsseite, weil zusätzliches Einkommen und somit Nachfrage entsteht. Somit müssten beide Seiten entmaterialisiert werden. Auf der Entstehungsseite liefern regenerative Energieträger keine Lösung für grünes Wachstum, weil auch sie erstens niemals ohne ökologische Schäden zu haben sind. Sie verlagern Probleme in die Landschaft, statt sie zu lösen. Zweitens können sie nur eine begrenzte Wirkung entfalten, nämlich beschränkt auf Elektrizität. **Die momentan verklärte Energie-**

wende gibt keine Antwort auf die Probleme des Flugverkehrs, des Güterverkehrs, des Schiffsverkehrs, des motorisierten Individualverkehrs, der Heizenergie in Häusern, der fossilen Energie in der Landwirtschaft und vor allem der nicht-elektrischen Energie, die in der Produktion der Güter steckt.

Selbst wenn jemals ein materieloser Anstieg der Güterproduktion möglich wäre – was nahezu undenkbar ist, weil Häuser, Autos, Flugzeuge und Handys nun mal physische Objekte sind –, verbliebe auf der Verwendungsseite ein unlösbares Problem: Wozu wird das zusätzliche Einkommen, das durch Wachstum notwendigerweise entsteht, verwendet? Wenn etwa zusätzliche LehrerInnen und KrankenpflegerInnen eingestellt werden, werden diese Personen ihr Geld wahrscheinlich kaum dafür verwenden, ausschliesslich weitere LehrerInnen oder KrankenpflegerInnen zu finanzieren. Aber absurdweise müsste genau dies erfolgen, damit ein qualitatives Wachstum herauskommt! Natürlich werden sie mit dem Geld kaufen, was sich jeder Konsument wünscht und somit die Nachfrage nach Autos, Flugreisen, Einfamilienhäusern oder Smartphones anheizen. Würde das zusätzliche Einkommen abgeschöpft, um diesen Rebound-Effekt auszuschalten, würde das BIP-Wachstum praktisch im Keim ersticken.

Können also geschlossene Stoffkreisläufe, technologische Innovationen und Effizienzsteigerungen im Produktionsprozess den Ressourcenverbrauch und die Umweltschäden nicht minimieren, ohne dass wir unseren materiellen Wohlstand einbüßen müssen?

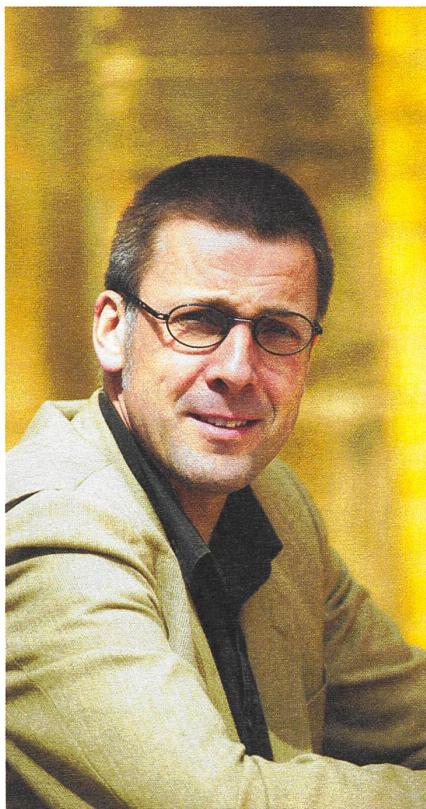
Wir schon oben bemerkt, sind diese Dinge nicht zum ökologischen Nulltarif zu haben, sondern transformieren Umweltschäden lediglich in eine andere zeitliche, räumliche, systemische oder stoffliche Dimension. **Effizienzinnovationen oder Kreislaufkonzepte bringen also bestenfalls eine relative Verbesserung, würden somit nur dann zu einer ökologi-**



schen Entlastung führen können, wenn sie die schädlicheren Prozesse ersetzen. Aber dann gibt es zwei unlösbare Probleme. Erstens: Wo bleiben die auszurangierenden und zu entsorgenden Anlagen und Produktionsstrukturen? Ökologisch neutral Materie verschwinden zu lassen, ist in einem geschlossenen System nicht möglich. Zweitens: Wie kann die Wirtschaft wachsen, wenn die neuen, vermeintlich grünen Kapazitäten die alten lediglich ersetzen, statt zusätzliche Produktion zu entfachen? Aber ohne Wachstum können die von den Kapitaleignern geforderten Renditen und Zinsen nicht gezahlt werden. Das System wäre folglich nicht zu stabilisieren.

Oft ist vom Wachstumszwang und Wachstumsimperativ unseres Wirtschaftssystems die Rede, um betriebswirtschaftliche oder sogar politische Entscheidungen zu rechtfertigen. Welche Mechanismen begründen diesen Wachstumszwang?

Den angebotsseitigen Wachstumszwang habe ich bereits ausgeführt. Aber es existiert auch ein nachfrageseitiger, mindestens so relevanter Expansionsdrang. Der Nutzen vieler Güter ist symbolischer oder demonstrativer Art, beruht also darauf, zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe gehören zu wollen. **Konsum ist von einem Wettbewerb geprägt, in dem es um einen höheren Platz innerhalb der sozialen Hierarchie geht und Gewinne für Einzelne nur durch die Verluste von anderen möglich sind.** Ein zunächst erheischter Vorsprung erodiert mit der Anzahl jener Personen, die zunächst übertroffen wurden, aber infolge weiteren Wachstums aufholen oder gleichziehen. Bereits die Verteidigung, erst recht aber die Wiedererlangung oder gar Steigerung einer sozialen Position, setzt somit ständig neue Kaufhandlungen voraus – ohne das eigene Wohlbefinden erhöhen zu können. Folglich ist es kein Widerspruch, wenn einerseits an permanenten Konsumsteigerungen festgehalten wird, obwohl anderseits im Nachhinein festgestellt werden kann, dass dies zu keinem anhaltenden Glückszuwachs geführt hat. Die resultierende Dynamik ähnelt einer Rüstungsspirale, da ein immer höherer Konsumaufwand vonnöten ist, um ein bestimmtes, keineswegs steigerbares Glücksniveau aufrechtzuerhalten oder wiederzugewinnen.



Ein Credo des Nachhaltigkeitsforschers Niko Paech lautet: «Souverän ist nicht, wer viel hat, sondern wenig braucht.» Foto: zvg

Sehen Sie Möglichkeiten für wirtschaftliche Akteure oder nur schon einzelne Menschen, sich dem Wachstumszwang zu entziehen?

Natürlich gibt es für Unternehmen viele Möglichkeiten, Wachstumszwänge zu mindern. Zunächst können sie zur Verkürzung und Umverteilung von Arbeitszeit beitragen, neue Wege der Finanzierung beschreiten, um Kapital mit weniger Rendite- und Verzinsungszwang zu erwerben. Dies setzt wiederum kürzere Wertschöpfungsketten voraus, um Vertrauen und Kontrolle zu gewährleisten. Durch ein sogenanntes «Prosumentenmanagement»¹ können Unternehmen die Nachfrager befähigen, weniger Güter zu benötigen, indem Kompetenzen der Reparatur, Instandhaltung oder Selbstversorgung vermittelt werden. Dazu trägt ein Produktdesign bei, das anstelle geplanter Obsoleszenz² die Eigenschaften der Langlebigkeit, Zeitlosigkeit und Reparabilität vereint. In nicht wenigen Fällen können Unternehmen Ressourcen (Flächen, Immobilien, Gärten,

Werkstätten, Werkzeuge, Infrastruktur, Personal usw.) verfügbar machen, um Strukturen der modernen Subsistenz aufzubauen. Anstelle expansiver Werbung könnte der CO₂-Rucksack aller Güter offengelegt werden, damit Konsumenten bequem ihre individuelle CO₂-Bilanz ermitteln können. **Ein wo immer möglich regionales Lieferantenmanagement und der Übergang zu Produktionssystemen, die auf geringerer Kapitalintensität und mittleren Technologien beruhen sowie die Partizipation an Regionalgeldsystemen sind weitere Massnahmen.** Die Konzeption der sogenannten «stofflichen Nullsummenspiele» zielt darauf, Produktion durch Instandhaltung, Nutzungsdauerverlängerung sowie neue Dienstleistungen im Bereich der Gemeinschaftsnutzung zu ersetzen. Schliesslich können Unternehmen auch ihren Einfluss einsetzen, um Druck für Veränderung zu erzeugen. Der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Reinhard Pfriem hat sehr überzeugend dargelegt, dass Unternehmen einen Kulturwandel mitinitiiert können. Uwe Schneidewind, ein anderer deutscher Wirtschaftswissenschaftler, weist darauf hin, wie Unternehmen als strukturpolitische Akteure in Erscheinung treten können. Natürlich brauchen wir in vielen Bereichen ganz neue Unternehmen, die dezentral, genossenschaftlich und partizipativ wirtschaften.

Dem Wirtschaftswachstum und der Kultur des Konsumismus setzen Sie die Konzepte «Subsistenz» und «Suffizienz» entgegen. Sollen die Menschen wieder Selbstversorgung betreiben und Verzicht üben?

Verzicht kenne ich nicht, wohl aber Befreiung vom Überfluss. Die Suffizienzstrategie kehrt das moderne Prinzip der Steigerung von Güterwohlstand ins Gegenteil um: **Warum betrachten wir nicht Reduktion und Rückbau als positive Leistungen? Wir könnten viele Energiesklaven, Komfortkrücken und Infrastrukturen ausfindig machen, die wir gar nicht nötig haben** – ganz gleich ob elektrisches Küchengerät, Wellness-Rezeptur, Flugreise oder Tiefseehafen. Von derartigen Belastungen sollten wir unseren Alltag und die Gesellschaft als Ganzes frei machen. So sparen wir Zeit, Geld, Raum und ökologische Ressourcen. Weg mit dem überbordenden Wohlstandsschrott, der nur unser Leben verstopft!

¹ Der Begriff Prosument ist eine Wortbildung, die durch das Verschmelzen von «Konsument» und «Produzent» entstanden ist. Ein Prosument ist ein Verbraucher, der ein konsumiertes Gut teilweise oder ganz selber herstellen, instandhalten und/oder reparieren kann.

² Der Begriff Obsoleszenz bezeichnet die natürliche oder gezielte Alterung von Produkten. Wenn Hersteller die Lebensdauer ihrer Produkte mittels einer eingebauten Schwachstelle gezielt verkürzen, wird dies geplante Obsoleszenz genannt.

Und bei der Subsistenz, die wohlgernekt in moderne Formen der Güterversorgung eingebettet ist, geht es um eine neue Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung. Sie zielt darauf, die schicksalhafte Abhängigkeit von geldbasierter Fremdversorgung zu überwinden. **Eigenarbeit ist angesagt! Wer unentgeltlich für sich selbst und sein nahe soziales Umfeld tätig ist, schlägt drei Fliegen mit einer Klappe:** Erstens ist das der beste Selbstschutz gegenüber zukünftigen Ressourcenknappheiten, denken wir an Peak Oil, Peak Everything, die das aktuelle Wohlstandsmo-

dell unbezahlbar machen. Zweitens schützen wir direkt die Umwelt. Und drittens mildern wir strukturell Wachstumszwänge, die einem geldbasierten, arbeitsteiligen Industriemodell innewohnen. Zur modernen Subsistenz gehören drei Prinzipien: Eigene Produktion, Gemeinschaftsnutzung und eigenständige Reparatur sowie Instandhaltung von Gegenständen. Das sind allesamt subversive Tricks, um mit weniger Industrie auszukommen.

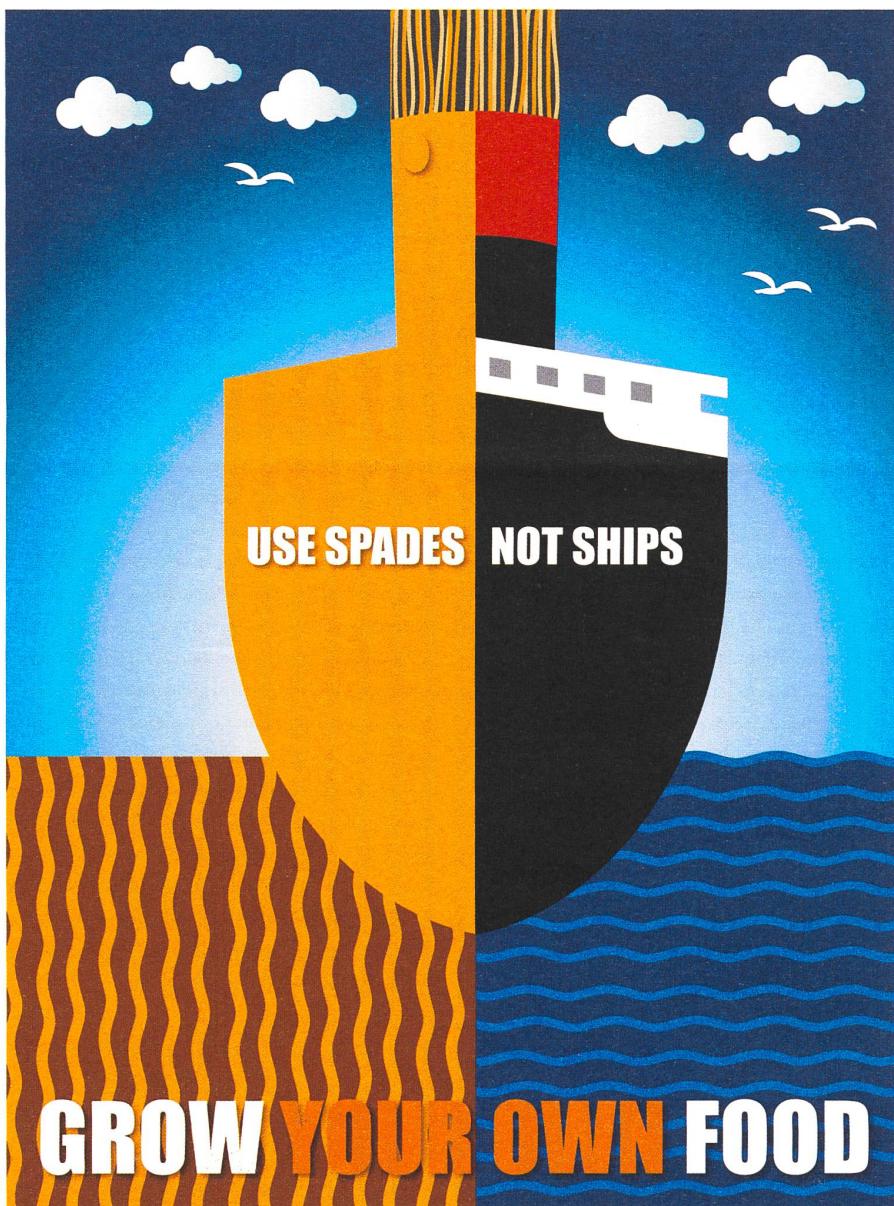
In der Schweiz sind gegenwärtig mehrere Volksinitiativen hängig oder in Planung, die

sich mit Umweltthemen, Ressourcennutzung und Umverteilung beschäftigen:

- *Die Grünen wollen bis 2050 den CO₂-Ausstoß von Personenwagen auf null reduzieren. Alle Autos sollen mit erneuerbaren Energien effizient und elektrifiziert betrieben werden. Das Strassennetz soll nicht weiter ausgebaut, die Mobilität insgesamt per Mobility-Pricing für Personenwagen reduziert werden. Bestehende Parkplätze sollen in Elektroparkplätze mit Ladestationen für grünen Strom umgebaut werden.*
- *Die Eco-Pop will mit ihrer Initiative «Stopp der Überbevölkerung – Zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» die jährliche Nettozuwanderung auf 0,2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung begrenzen, mit dem erklärten Ziel, die Lebensgrundlagen und Lebensqualität langfristig zu sichern. Weiter sollen zehn Prozent der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in die Förderung der freiwilligen Familienplanung investiert werden, konkret in verbesserte Aufklärung und Zugang zu Verhütungsmitteln.*
- *Die gewerkschaftliche Initiative «für den Schutz fairer Löhne» (Mindestlohninitiative) verlangt einen Mindestlohn von 22 Franken in der Stunde oder 4000 Franken im Monat. Mit Gesamtarbeitsverträgen oder im Gesetz soll ein Lohn vorgeschrieben werden, von dem Menschen mit einer Vollzeitstelle anständig leben können.*

Handelt es sich hierbei um politische Anliegen, die eine Entwicklung im Sinne der Postwachstumsökonomie unterstützen könnten?

Nein, die erste Initiative wird scheitern, wenn sie nicht die Reduktion der Verkehre anstelle einer technischen Umwandlung, die auf einer unerfüllbaren Versprechung beruht, ins Visier nimmt. Ein Moratorium für weitere Verkehrsanlagen, Straßen und Parkplätze zurückbauen, autofreie Innenstädte und Sonntage, höhere Preise für fossile Treibstoffe usw. – das wären viel billigere und wirksamere Konzepte, die auch ohne technischen Fortschritt funktionieren, der dann zumeist mehr negative Nebeneffekte hat, als er Probleme lösen kann. Die zweite Initiative erscheint mir nicht frei von nationalistischem Gedankengut zu sein; deshalb ist sie unvereinbar mit meinen Vorstellungen von Demokratie, Solidarität und Freiheit. Die dritte Initiative könnte nur dann sinnvoll sein, wenn sie ihren Füllhorncharakter dadurch verliert, dass sie in ein umfassendes Massnahmenpaket eingebettet ist: Arbeitszeitverkürzung und



«Benutzt Spaten, nicht Schiffe. Baut eure eigenen Lebensmittel an.» Zeitgemäß umgestaltete und umgedeutete Illustration des Grafik-Designers Christian Guthier, die auf ein «War Office Poster» von Abram Games aus dem Jahr 1942 zurückgeht. Die neue Version hat nichts mit Kriegspropaganda, wohl aber mit unserer gefährlichen Abhängigkeit von Fremdversorgungssystemen zu tun.

Illustration und Quelle: net_efek auf Flickr

-umverteilung, Subsistenzorientierung, individuelle CO₂-Budgets und Höchstlöhne.

Unser Verein beschäftigt sich vor allem mit der Landwirtschaft und sucht nach Wegen zu nachhaltigen (im ökologischen wie sozialen Sinn) Bewirtschaftungsformen. Zur Zeit ist aber, grob gesagt, jede Nahrungskalorie mit einer Erdölkalorie erkauf^t, und dies, bevor noch die Verarbeitung, Verteilung und Zubereitung dazu kommen. Haben Sie uns einen Rat, wie man diese Fremdenergie wieder aus der Landwirtschaft herausbekommt?

Ich bin kein Agrarökonom. Aber ich habe ein kleines Programm für die Landwirtschaft und Ernährung in der Postwachstumsökonomie entwickelt.

1. Suffizientes und achtsames Verbraucherverhalten durch a) eine prägnant reduzierende Nachfrage nach tierischen Produkten, b) konsequente Priorisierung regionaler und saisonaler Nahrungsmittel, c) vollwertige und ökologische Ernährung, d) eigenständige Zubereitung anstelle industriell erzeugter Convenience, e) die Mitführung des Proviant für Reisen in eigenen Behältnissen anstatt Einwegmüll zu verursachen (Coffee-to-go, PET-Getränkeflaschen), f) Vermeidung von Nahrungsabfällen
2. Subsistenz: a) Reaktivierte Haus- und Schrebergärten, b) urbane Dach- und Gemeinschaftsgärten, c) eigener Anbau auf gepachteten Flächen, d) eigenständige Konservierung und Lagerung von Nahrungsmitteln
3. Community Supported Agriculture (CSA): Haushalte erwerben Ernteanteile eines Landwirtschaftsbetriebs
4. Regionalökonomie: a) Vollständige Transformation des konventionellen in ökologischen Landbau, b) Direkt- und Regionalvermarktung
5. Bodenreform und Flächenmanagement: Flächen, die durch stillgelegte konventionelle Betriebe frei werden, können von einem Treuhänder verwaltet und parzellenweise an Selbstversorger verpachtet werden (siehe 2c)
6. Vermeidung von Genmanipulation, Antibiotika, Pestiziden, Herbiziden und anderen Schadstoffen
7. Überregionale Vermarktung von Nahrungsmitteln bildet eine kontinuierlich zu minimierende Restgrösse, die überdies den Kriterien des Fair Trade entsprechen muss.



Weiter wie bisher; aber jetzt «grün»? Auch Elektroautos brauchen endliche mineralische Ressourcen – zur Herstellung und bei der Entsorgung.

Quelle: Alpiq AG auf Flickr

8. Abschaffung aller Subventionen für die Landwirtschaft und Nahrungsmittelverarbeitung; Ausnahmen bilden a) Betriebe, die eine bestimmte Grösse nicht überschreiten, regional und ökologisch wirtschaften sowie b) Projekte der Selbstversorgung
9. Raumplanung und Kommunalpolitik:
 - a) Entsieglung verkehrlicher und industrieller Infrastrukturen, die langfristig in Anbauflächen umgewandelt werden,
 - b) Förderung urbaner Landwirtschaft auf kommunaler Ebene
10. Kennzeichnung vermarkter Nahrungsmittel mit dem CO₂- und H₂O-Rucksack

Der Direktor des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL) forderte kürzlich in einem Interview, dass biologisch erzeugte Lebensmittel billiger werden müssen, damit sie von den KonsumentInnen vermehrt gekauft werden. Er möchte über Mengenwachstum die Logistikkosten senken und mittels Produktionsfortschritten günstiger produzieren, «ohne dass die Leistung an die Umwelt und die Produktqualität abnehmen». Ist das der richtige Weg in die Nachhaltigkeit?

Nein, jeder Versuch, die Produktivität oder Durchschnittskosten über Mengenwachstum zu optimieren, kann nur auf dem Rücken der Ökosphäre ausgetragen werden, weil hierzu entsprechende Infrastrukturen, technische

Ausrüstungen, Flächen- und Energieeinsätze nötig sind. Besser wäre eine kleinräumige und dezentrale Versorgung, die durch kurze Wertschöpfungsketten gekennzeichnet ist: **Wir müssen die Distanz zwischen Verbrauch und Erzeugung verkürzen! Dies spart Kosten der Lagerung, Kühlung, des Transports und der Unterhaltung grosser Produktionsstätten. Weiterhin ist es müssig, über eine ökologische Lebensmittelversorgung auf Basis der derzeitigen Ernährungsgewohnheiten nachzudenken.**

Ohne prägnante Veränderung bestimmter Versorgungsansprüche (weniger tierische Produkte, weniger Convenience, mehr eigene Zubereitung/Lagerung/Haltbarmachung, Beachtung von Saison und Regionalität) und den Übergang zu teilweiser Selbstversorgung (eigene Gärten, Gemeinschaftsgärten, CSA) ist eine Agrarwende kaum darstellbar.

Zudem ist es lachhaft, Bio-Produkte billiger machen zu wollen, damit sie konkurrenzfähig gegenüber den hoch subventionierten konventionellen Gütern sind. Subventionsabbau und eventuell sogar eine Verteuerung der ökologisch desaströsen Nahrungserzeugung wäre der politisch wirksamere Weg. **Gute Nahrung muss auch ihren Preis haben.** Vergessen wir nicht: In Europa wird in etwa die Hälfte aller produzierten Nahrung einfach als Abfall entsorgt, weil wir sie infolge ihres geringen Preises nicht mehr als wertvolles Gut ansehen.